

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Kiel
Mitgliederversammlung

AntragstellerInnen:

Lutz Oschmann,
Arne Langniß

Gegenstand: Flughafen
Holtenau schließen. Neuen
Stadtteil Holtenau Nord
entwickeln

Antrag

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

1. Die KMV von Bündnis 90/DIE GRÜNEN befürwortet die Schließung des Flughafens Holtenau und die Einstellung des Airparkprojekts (Gewerbefläche mit Landebahn).
2. Die KMV befürwortet eine gemeinsame Entwicklung des Flughafengeländes und des MFG5-Geländes zu einem vitalen mischgenutzten Quartier für Wohnen (ca 5.000 Wohneinheiten), Gewerbe und Freizeiteinrichtungen.

Begründung:

Die Landeshauptstadt Kiel wächst, bis zum Jahr 2031 soll die Einwohnerzahl von heute 238.000 auf über 250.000 steigen. Für die zusätzlichen ca. 12.000 NeukieelerInnen, Einzelpersonen und Familien, müssen laut Stadtplanungsamt ca. 9.000 neue Wohnungen gebaut werden. Es gibt im Kieler Stadtgebiet nur eine einzige große zusammenhängende und für den Wohnungsbau zu entwickelnde Fläche, das Flughafengelände zusammen mit dem MFG5-Gelände. Ein hoch attraktive Liegenschaft von 192 ha mit Schienen- und Stadtautobahnanschluss, direkt an der Förde gelegen.

Die Selbstverwaltung hat beschlossen, dass sich das MFG5-Gelände zu einem vitalen mischgenutzten Quartier mit Wohnen, Gewerbe, Freizeiteinrichtungen entwickelt. Gewerbliche Schwerpunkte sind dabei die Gesundheitswirtschaft, die maritime Wirtschaft und der Bau von Offshore-Windkraftanlagenkomponenten.

Je nach Aufteilung der Flächen für Wohnungsbau, Gewerbe, Infrastruktur etc können bis zu 5.000 neue Wohneinheiten (WE) im neuen Stadtteil entstehen. Nimmt man die Faustformel 1 ha gleich 60 Wohneinheiten, dann können im nördlichen Teil des Flughafengeländes auf 40 ha ca. 2.400 WE entstehen. Im Süden auf dem MFG5-Gelände können auf 36 ha ca. 2.160 WE gebaut werden plus im Nordosten des Fliegerhorst auf 6 ha 360 WE in den vorhandenen Kasernengebäuden. In der Summe also 4.920WE.

Das Gelände wird vom Norden aus erschlossen über die Boelke-Straße und den Schusterkrug und im Süden durch die Strandstraße. Die bisherige Insellage von Holtenau wird aufgehoben. Die wassernahe Straßenführung zwischen Holtenau und Pries/Friedrichsort wird nur für ÖPNV, Radverkehr und Wirtschaftsverkehre eingerichtet. Die Wohn- und Gewerbebereiche müssen mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV) erreichbar sein. Für ein neues Wohnquartier macht es Sinn Car-Sharing sowie Ladestationen für E-Mobilität einzurichten. Folgende Buslinien fahren z.Zt. Holtenau an, 3, 32, 91, 501/502, 900/901. Eine neue

Datum:

30.04.2013

Befasst

ja

nein

Vertagt

ja

nein

**Überwiesen
an:**

Ja _____

Nein _____

Enth. _____

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Kiel

Buslinie durch Holtenau, Holtenau-Nord und Pries/Friedrichsort könnte die neuen Nachbarstadtteile eng vernetzen. Der Bevölkerungszuwachs rechtfertigt die Reaktivierung eines Anlegers für die Fördefähren und die Aufnahme Holtenaus in den Tagesfahrplan der SFK (Schlepp- und Fährgesellschaft Kiel mbH)

Den neue Stadtteil und seine BewohnerInnen brauchen weitere Infrastruktureinrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Krippen, Spielplätze, Ärzte, Nahversorgung. Da mehrheitlich junge Familien den neuen Stadtteil bewohnen werden, sind zunächst keine Pflegeeinrichtungen geplant. Der neue Stadtteil passt sich in die Stadtteile Holtenau und Pries/Friedrichsort ein und kann die dort vorhandene Infrastruktur mit nutzen, wie zum Beispiel die Integrierte Gesamtschule Friedrichsort (IGS), jetzt Gemeinschaftsschule, die Grundschule und die Lernwerft in Friedrichsort. Auch das Gymnasium in Altenholz und die Grundschule in Holtenau befinden sich in räumlicher Nähe. Vorhanden sind Apotheken, Arztpraxen, Einzelhandel, Kirchen, Moscheen, Kneipen, Restaurants, Industrie- und Gewerbebetriebe. Das weitere nördliche und westliche Umland, vor allem Altenholz-Stift, muss in die Planungen für die Gesamtentwicklung einbezogen werden.

Jede neue EinwohnerIn führt zu zusätzlichen Einnahmen bei der Stadt. Der Grenzertrag aus den Schlüsselzuweisungen des Landes pro Neubürger beträgt 942 € pro Jahr, für 12.000 NeubürgerInnen sind das jährlich 11,3 Mio. € an zusätzlichen Einnahmen. Hinzu kommen bei Berufstätigen ca. 15% der jeweiligen Lohn- und Einkommenssteuer. Weitere zusätzliche Einnahmen der Stadt kommen aus der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer.

Das MFG5-Gelände ist schon vom Militär geräumt und kann von der Stadt überplant werden. Der „Airpark“, das Gewerbegebiet mit Landebahn hat keine große Entwicklungschance. Der städtische Zuschussbedarf verharrt bei jährlich 600.000 €. Nach der Insolvenz vom FLM Aviation gibt es noch ca. 40 flughafenaffine Arbeitsplätze, die jeweils mit 15.000 € subventioniert werden müssen. Das hat keine Zukunft. Wer im Kieler Norden keinen Wohnungsbau zulassen will, der muss sagen, wo denn die 9.000 zusätzlichen Wohneinheiten entstehen sollen.